SCHRIFTEN DES
DEUTSCHEN VEREINS FÜR INTERNATIONALES SEERECHT
REIHE A: BERICHTE UND VORTRÄGE

HEFT 76

Professor Dr. Rainer Lagoni, LL. M.

**Die seerechtlichen Verträge
nach der Herstellung der deutschen Einheit**

HAMBURG 1990

DIE SEERECHTLICHEN VERTRÄGE
NACH DER HERSTELLUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Vortrag
von
Rainer Lagoni

Professor Dr. jur., LL.M. (Columbia), Direktor
des Instituts für Seerecht und Seehandelsrecht
der Universität Hamburg

gehalten auf der
Veranstaltung der Gesellschaft für Seerecht
in Rostock
am 29. September 1990

DIE SEERECHTLICHEN VERTRÄGE NACH DER HERSTELLUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Bevor ich mich meinem Thema zuwende, gestatten Sie mir bitte eine kurze Vorbemerkung: Drei Dinge haben mich bewogen, die Gelegenheit, heute hier einen Vortrag zu halten, mit Freude zu ergreifen: Der Zeitpunkt, der Ort und das Thema. In einer weltpolitisch bewegten Lage über seerechtliche Fragen zu sprechen, ist für jeden Seerechtler reizvoll - werden bekanntlich das Recht der Meere, seiner Nutzung und Erhaltung und das Recht des friedlichen Seehandels von weltpolitischen Veränderungen immer in besonderem Maße berührt. Wenige Tage vor dem Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten über die seerechtlichen Aspekte dieser Vereinigung sprechen zu dürfen, ist auch für einen unpathetischen Juristen bewegend, geht doch nun die von der Teilung des deutschen Volkes bestimmte Nachkriegszeit endgültig zu Ende. Mit der einkehrenden Normalität wird der Frieden in Europa für uns und unsere Kinder sicherer als er in den vergangenen 40 Jahren jemals sein konnte.

In Rostock zu sprechen, dieser alten Hansestadt, die in der Geschichte immer auch durch ihren Seehandel mit Hamburg, Lübeck und Bremen verbunden gewesen ist und die sich gerade jetzt wieder ihrer Tradition als Universitätsstadt mit eigener Rechtsfakultät besinnt, birgt deswegen einen besonderen Reiz, weil hier die Hochburg des Seerechts der DDR gewesen ist. Wie ich mit Interesse vernommen habe, hat die Gesellschaft für Seerecht neben dem Seehandelsrecht immer auch das öffentliche Seerecht gepflegt.

Das Thema schließlich bietet eine gute Gelegenheit, sachlich Zusammengehörendes zu verbinden. Ich meine das Völkerrecht mit dem innerstaatlichen Recht und das öffentliche Seerecht mit dem Seehandelsrecht - Rechtsgebiete, auf deren engen Zusammenhang immer von neuem hinzuweisen ist¹⁾. Untrennbar zusammen gehören auch Lehre und Praxis des Seerechts, denn die Seerechtswissen-

schaft wäre ohne Kenntnis der Praxis blind, die Seerechtspraxis hingegen ohne die Erkenntnisse der Wissenschaft ratlos.

Nunmehr zum Thema! Ich möchte meine Ausführungen über die Wirkung der deutschen Einheit auf die von den beiden deutschen Staaten abgeschlossenen seerechtlichen Verträge mit einigen Bemerkungen über die verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Umstände dieser Vereinigung beginnen (I), denn die diesem Vorgang zugrundeliegenden rechtlichen Konzeptionen bestimmen ganz wesentlich das Schicksal dieser Verträge. In einem zweiten Abschnitt (II) wende ich mich der Übernahme des transformierten Völkerrechts (1.) und des Europarechts zu (2.). Die zweiseitigen Verträge zwischen der Bundesrepublik und der DDR werden in einem kurzen dritten Abschnitt behandelt (III). Abschließend komme ich dann zu den Außenbeziehungen des vereinten Deutschlands (IV), indem ich zunächst die Verträge der Bundesrepublik (1.) und danach die Verträge der ehemaligen DDR (2.) behandeln werde. Den Abschluß bilden einige zusammenfassende Thesen (V).

I. Die Herstellung der deutschen Einheit

Die in der politischen Öffentlichkeit und der Wissenschaft²⁾ heftig diskutierte Umstände der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind in ihren rechtlichen Grundlagen durch den "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag -" vom 31. August 1990³⁾ (EV) festgelegt worden. Nach Art. 1 des Vertrages ist die deutsche Einheit zum 3. Oktober hergestellt worden, indem die fünf neuen, mit Wirkung vom selben Tage auf dem Gebiet der bisherigen DDR durch dessen Länderereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990⁴⁾ errichteten Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland wurden und die westlichen und östlichen Bezirke Berlins zum Land Berlin verschmolzen sind. Dieser Herstellung der deutschen Einheit ist eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vorausgegangen, die aufgrund des Vertrages vom 18. Mai 1990⁵⁾ geschaffen worden war.

Diese Union enthielt zwar staatenbündische Elemente - die DDR hatte die Gesetzgebungsbefugnis über die in dem Vertrag vom 18. Mai geregelten Sachbereiche verloren -, sie hatte die Existenz der DDR als Völkerrechtssubjekt aber noch unberührt gelassen.

Völkerrechtlich ist die deutsche Einheit in zwei aufeinanderfolgenden Schritten hergestellt worden, deren erster in einer Beitrittserklärung zur Bundesrepublik bestand. Als ein einseitiger, auf ihrer Unabhängigkeit als Völkerrechtssubjekt beruhender Akt erging die Beitrittserklärung der DDR in Form eines Volkskammerbeschlusses vom 23. August 1990.⁶⁾ Mit diesem Beschluß hat der im Gebiet der DDR lebende Teil des deutschen Volkes nach der Einführung demokratischer Verhältnisse in diesem Land das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgeübt. Die Volkskammer erklärte aber nicht einfach den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, sondern bestimmte auch die verfassungsrechtlichen Umstände dieses Beitritts näher, indem sie erklärte, der Beitritt der DDR "zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland" erfolge "gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes". Da die DDR nach Art. 23 Satz 2 GG nicht als Völkerrechtssubjekt, sondern "andere Teile Deutschlands" nur als Länder, d.h. als Gebietskörperschaften einer föderativen Ordnung zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten konnten, mußte sie selbst mit Wirksamwerden des Beitritts am 3. Oktober 1990 als Völkerrechtssubjekt untergehen. Seither besteht also die Bundesrepublik als einziger souveräner deutscher Staat weiter.

Die DDR hat ihren Beitritt vorbehaltlich der am 3. Oktober 1990 erfolgten Länderbildung erklärt. Sie ist also auch staatsrechtlich untergegangen. Da die neuen Länder auf ihrem Gebiet durch das Ländereinführungsgesetz der DDR als föderative Gebietskörperschaften ohne eigene Völkerrechtssubjektivität errichtet worden sind, ist dem Beitritt der DDR auch keine Zergliederung in souveräne Staaten (Dismembration) vorausgegangen. Die neuen Länder bestehen innerhalb der Bundesrepublik fort, die DDR hat die Beitrittserklärung staats- und verfassungsrechtlich also für sie abgegeben. Die Möglichkeit eines späteren Austritts aus der Bun-

desrepublik ist ihnen damit genommen.

Völkerrechtlich bestand der zweite Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit in der Einverleibung (Inkorporation) des nach ihrem Untergang als Völkerrechtssubjekt und Staat von der DDR verbleibenden Substrates in die Bundesrepublik. Diese Einverleibung erfolgt durch den Einigungsvertrag in Verbindung mit dem Einigungsvertragsgesetz vom 23. September 1990⁷⁾, indem das Grundgesetz nach Art. 3 EV am 3. Oktober 1990 in den neuen Ländern in Kraft getreten ist.

Einverleibt worden ist das Staatsgebiet der DDR in der Form, wie es am 3. Oktober 1990 bestand, d.h. also mit dem von der Küstenmeerbreite der Bundesrepublik in der Ostsee abweichenden breiten Küstenmeer der ehemaligen DDR⁸⁾. Fraglich könnte allerdings sein, ob die nicht zum Staatsgebiet gehörenden Meereszonen der DDR in der Ostsee, nämlich ihr Festlandsockel und die von ihr errichtete Ausschließliche Fischereizone⁹⁾, von der Beitrittserklärung und der Einverleibung erfaßt worden sind. Dies ist jedoch anzunehmen, denn diese Zonen bilden zwar selbst kein Staatsgebiet, haben ihre Grundlage aber in der Gebietshoheit des Küstenstaates über das Festland. Demnach gehören zum "Geltungsbereich des Grundgesetzes" im Sinne der Beitrittserklärung vom 23. August 1990 auch Meereszonen, in denen die Bundesrepublik als Küstenstaat völkerrechtlich ausschließliche, wenn auch funktional beschränkte Hoheitsbefugnisse ausübt. Entsprechend ist anzunehmen, daß durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes im Lande Mecklenburg-Vorpommern nach Art. 3 EV auch die aus der Gebietshoheit fließenden Hoheitsbefugnisse hinsichtlich des Festlandsockels und der von der DDR errichteten Ausschließlichen Fischereizone erfaßt worden sind. Das Staatsgebiet der DDR ist also mit seinen völkerrechtlichen Nebenrechten in die Bundesrepublik einverleibt worden.

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes in den neuen Ländern wurde auch die Einheit des deutschen Volkes wieder hergestellt. Die Bevölkerung der DDR hatte zwar die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit behalten, die besondere Staatsbürgerschaft

der DDR ist mit ihrem Staatsbürgerschaftsgesetz ersatzlos entfallen.

Schließlich endete mit dem Untergang der DDR auch deren Staatsgewalt. Das Recht der DDR hat damit grundsätzlich seine Gültigkeit verloren, es sei denn, es gilt nach Art. 9 EV fort, weil es entweder in Anlage II zum EV als fortgeltendes Recht der DDR aufgeführt worden ist oder weil es nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Landesrecht bildet. Im Seerechtsbereich gelten nach Anlage 2 zum EV Vorschriften für den Transport und Umschlag gefährlicher Güter in den Häfen im Gebiet der ehemaligen DDR bis zum 30. Juni 1991 fort.¹⁰⁾ Da das Seerecht Bundesrecht bildet, ist das übrige Seerecht der ehemaligen DDR fortgefallen. Anders ist die Lage beim Recht der Seehäfen, welches nach der grundgesetzlichen Kompetenzordnung dem Landesrecht angehört, sofern nicht ausnahmsweise der Bundesgesetzgeber zuständig ist.¹¹⁾ Allerdings steht eine Bestandsaufnahme der hafenrechtlichen Bestimmungen des DDR-Rechts noch aus, sie scheinen jedenfalls nicht sehr zahlreich gewesen zu sein. Die Schaffung eines Hafengesetzes für die Seehäfen Wismar, Rostock und Stralsund ist eine Aufgabe des Landesgesetzgebers von Mecklenburg-Vorpommern.

In verfassungsrechtlicher Hinsicht erfüllt der Beitritt das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errichteten Länder werden eingegliedert und wahren dabei ihre staatsrechtliche Kontinuität. Seitens der Bundesrepublik hätte die Einheit nach Art. 23 Satz 2, wie seinerzeit im Falle des Saarlandes,¹²⁾ auf gesetzlichem Wege hergestellt werden können. Die Vertragsform wurde auf Wunsch der DDR gewählt.

Obwohl die DDR aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts kein "Ausland" bildete,¹³⁾ ist der Einigungsvertrag seiner Natur nach ein völkerrechtlicher Vertrag. Er ist durch das Einigungsvertragsgesetz nach Art. 59 Abs. 2 GG in das innerstaatliche Recht transformiert worden, für seine Durchführung und Auslegung gilt die Vereinbarung vom 18. September 1990.¹⁴⁾ Art. 45 Abs. 2 EV stellt klar, daß der Vertrag auch nach dem Wirksamwerden des

Beitritts als Bundesrecht weiterhin geltendes Recht bleibt. Viele seiner Vorschriften, insbesondere in den Anlagen I und II und das Protokoll, werden jedoch durch Zeitablauf oder Erledigung obsolet werden. Mit Ausnahme der in Art. 4 EV enthaltenen Änderungen des Grundgesetzes, die eine Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat für das Einigungsvertragsgesetz erforderlich gemacht haben, steht der Einigungsvertrag nach dem Wirksamwerden des Beitritts grundsätzlich zur Disposition des Bundesgesetzgebers. Als Bundesrecht kann er von den Instanzgerichten sowie vom Bundesverfassungsgericht auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüft werden. Allerdings darf das im Gebiet der neuen Länder geltende Bundes- und Landesrecht nach Art. 4 Abs. 5 EV für eine Übergangszeit, längstens bis zum 31. Dezember 1992, bei Eigentumsregelungen bis zum 31. Dezember 1995, vom Grundgesetz abweichen, sofern es nicht den Kernbereich der Grundrechte (Art. 19 Abs. 2 GG) oder das verfassungsfeste Minimum (Art. 79 Abs. 3 GG) verletzt.

Abgesehen von den ebenfalls am 3. Oktober 1990 bis zu ihrem endgültigen Erlöschen suspendierten Alliierten Vorbehaltsrechten¹⁵⁾ regelt der Einigungsvertrag zusammen mit dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und den zugehörigen Vereinbarungen die Rechtsverhältnisse der deutschen Einheit abschließend. Für eine direkte Anwendung des Völkerrechts zwischen dem Bund und den Ländern oder zwischen letzteren bleibt daneben kein Raum mehr. Etwaige Regelungslücken müssen durch eine Auslegung der genannten Verträge sowie durch das Grundgesetz und insbesondere den Grundsatz der Bundestreue oder positivrechtlich durch den gesamtdeutschen Bundesgesetzgeber ausgefüllt werden.

II. Die Rechtsangleichung (Kap. III EV)

1. Das transformierte Völkerrecht

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wird das gesamte in der Bundesrepublik geltende Bundesrecht nach Art. 8 EV auf das Gebiet der neuen Länder übergeleitet, es sei denn, diese Vorschrift sieht eine Ausnahme von der Überleitung vor.

Zum Seerecht der Bundesrepublik i.Si. des Art. 8 EV gehören auch die in das innerstaatliche Recht transformierten seerechtlichen Verträge. Durch Transformation in das innerstaatliche Recht umgesetzt werden die Regelungen eines völkerrechtlichen Vertrages immer dann, wenn sie nicht ausnahmsweise den Staat nur in seinen Außenbeziehungen berühren, wie dies beispielsweise bei Vorschriften über die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation der Fall ist. Ein völkerrechtlicher Vertrag kann neben transformierbaren Regelungen auch solche des Außenverhältnisses enthalten. Hat die Bundesrepublik hingegen von der Transformation eines völkerrechtlichen Vertrages abgesehen und stattdessen inhaltlich entsprechende Regelungen in das innerstaatliche Recht eingearbeitet - eine Praxis, die gelegentlich bei rechtsvereinheitlichenden Verträgen im Bereich des Seehandelsrechts angewendet worden ist - wird das insoweit angepaßte innerstaatliche Recht nach Art. 8 EV übergeleitet.

Das im Gebiet der Bundesrepublik als Bundesrecht geltende transformierte Völkerrecht wird in der Form übergeleitet, wie es bisher gegolten hat. D.h., wenn die Bundesrepublik und die DDR Vertragsparteien desselben völkerrechtlichen Übereinkommens sind bzw. gewesen sind, zu dem Übereinkommen aber z.B. unterschiedliche sich innerstaatlich auswirkende Vorbehalte gemacht haben oder unterschiedliche Anlagen oder Protokolle für sich verbindlich gemacht haben, gilt infolge der Überleitung fortan auch im Gebiet der neuen Länder das transformierte Recht in der Form, wie es bisher schon in der Bundesrepublik gegolten hat.

Zum übergeleiteten Bundesrecht gehören auch die "Allgemeinen Regeln des Völkerrechts", die nach Art. 25 GG "Bestandteil des Bundesrechts sind" und den Gesetzen vorgehen. Im seerechtlichen Bereich gehören hierzu insbesondere das gewohnheitsrechtliche Recht auf friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer, dessen Ausübung von der DDR immer von einer völkerrechtlich unzulässigen Anmeldepflicht abhängig gemacht und für Sportboote sogar vollständig ausgeschlossen worden war,¹⁶⁾ sowie die völkergewohn-

heitsrechtlichen Grundlagen des Festlandsockelprinzips.¹⁷⁾

Von der in Art. 8 genannten ersten Ausnahme von der Überleitung des Bundesrechts ist das Seerecht nicht betroffen. Denn als Bundesrecht ist das Seerecht nicht "in seinem Geltungsbereich auf bestimmte Länder oder Landesteile der Bundesrepublik Deutschland beschränkt". Auch transformierte seerechtliche Übereinkommen der Bundesrepublik, die nicht in ihrem räumlichen Geltungsbereich, wohl aber in ihrer sachlichen Anwendung bestimmte Gebiete betreffen, gelten seit der Überleitung auch in den neuen Ländern. Ein Beispiel bietet das Oslo-Übereinkommen von 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Einbringen.¹⁸⁾ Obwohl dieses Übereinkommen nur auf die Nordsee anzuwenden ist, unterliegen seit dem 3. Oktober 1990 selbstverständlich auch Schiffe, die aus Häfen im Gebiet der ehemaligen DDR auslaufen, für das Einbringen oder Einleiten von Stoffen in die Nordsee den Erlaubniserfordernissen des Art. 2 Hohe See-Einbringungsgesetz¹⁹⁾ i.V.m. den Verboten der Anlagen 1 des genannten Übereinkommens.

Ausnahmen von der Überleitung transformierter völkerrechtlicher Verträge enthält Anlage 1 zum Einigungsvertrag für den seerechtlichen Bereich nicht. Dennoch soll in diesem Zusammenhang auf den Sonderfall des § 664 HGB eingegangen werden. Die Bundesrepublik hat das einschlägige Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See²⁰⁾ nicht ratifiziert, sondern stattdessen seine Regelungen in § 664 HGB einschließlich der Anlage zu dieser Vorschrift in das deutsche Recht eingearbeitet. Dabei hat sie allerdings in Abweichung von dem Athener Übereinkommen gesetzlich höhere Haftungsbeträge festgesetzt. Die DDR ist hingegen noch im März 1989 dem Athener Übereinkommen beigetreten. Wegen dieses Beitritts nimmt der Einigungsvertrag insofern eine innerdeutsche Rechtsspaltung in Kauf, indem § 664 HGB einschließlich der Anlage zu dieser Vorschrift nicht anwendbar sein soll, "soweit die Anwendung mit einer von der Deutschen Demokratischen Republik übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung nicht zu vereinbaren ist."²¹⁾ Klarstellend wird hinzugefügt, daß insoweit die für die DDR bisher geltenden

Rechtsvorschriften weiter anzuwenden sind. Es handelt sich in diesem Fall also nicht um eine einigungsvertragliche Ausnahme von der Überleitung, denn grundsätzlich ist § 664 einschließlich seiner Anlage auch im Gebiet der neuen Länder anzuwenden, sondern um einen Vorbehalt zugunsten einer völkerrechtlichen Verpflichtung der DDR, die lediglich im Einzelfall zu einer Ausnahme von der Anwendung der höheren Haftungsbeträge des § 664 HGB und seiner Anlage führen kann. Diese Rechtsspaltung kann aber dadurch vermieden werden, daß die Bundesrepublik nach Art. 12 Abs. 3 EV nicht für die untergegangene DDR in das Athener Übereinkommen eintritt.²²⁾ Sollte die Bundesrepublik aber im Einvernehmen mit den anderen Vertragsparteien in das Athener Übereinkommen eintreten, so müßte sie sich auch zu dem von der DDR zu diesem Übereinkommen eingelegten Vorbehalt erklären.²³⁾ Dieser Vorbehalt beschränkt die Anwendung des Athener Übereinkommens auf die Beförderung von Ausländern mit deutschen Schiffen oder die Beförderung von Deutschen mit ausländischen Schiffen, er dürfte dem gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverbot im Dienstleistungsbereich widersprechen. Als Vertragspartei des Athener Übereinkommens könnte die Bundesrepublik das Übereinkommen mit einjähriger Frist kündigen (Art. 25 des Übereinkommens), sie könnte aber auch das 1990 geschaffene Protokoll zu diesem Übereinkommen ratifizieren, in welchem die Haftungsbeträge so angeho-
ben worden sind, daß sie in etwa dem deutschen Recht entsprechen.²⁴⁾

Im übrigen machte die Herstellung der Einheit im Sachgebiet Seeverkehr eine Reihe von Anpassungen des geltenden Rechts der Bundesrepublik notwendig, bei denen es insbesondere um die Anerkennung und Fortgeltung der von der DDR im Schifffahrtsbereich geltenden Zeugnisse und Zertifikate geht. Auf Einzelheiten kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.²⁵⁾

2. Das Recht der Europäischen Gemeinschaften

Da nicht die DDR den Europäischen Gemeinschaften beigetreten ist, sondern das Staatsgebiet des EG-Mitgliedes Bundesrepublik

Deutschland durch den Beitritt der DDR vergrößert wurde, gilt nach dem sog. Grundsatz der beweglichen Vertragsgrenzen²⁶⁾ seit Wirksamwerden des Beitritts am 3. Oktober 1990 auch das gesamte primäre und sekundäre Gemeinschaftsrecht im Gebiet und für das Gebiet der neuen Länder. Dies stellt Art. 10 EV klar. Eines besonderen Überleitungsaktes für das Gemeinschaftsrecht bedarf es nicht. Zuständig für die erforderliche Anpassung dieses Rechts an die veränderten Verhältnisse sind die Organe der Gemeinschaft. Diese Zuständigkeit kann aber auf die Bundesrepublik übertragen werden. Der Bundestag hat der Bundesregierung in Art. 4 des Einigungsvertragsgesetzes²⁷⁾ u.a. für den Verkehrsbereich eine entsprechende Verordnungsermächtigung eingeräumt, die diese in der EG-Recht-Überleitungsverordnung²⁸⁾ wahrgenommen hat. Zum EWG-Seerecht liegen zur Zeit aber keine Anpassungsvorschriften vor.

Die Geltung des Gemeinschaftsrechts wirkt sich in den neuen Ländern vor allem auf den Seeverkehr, die Schifffahrt und den Schiffbau aus. Im Bereich des Seeverkehrs ist der von der Bundesrepublik ratifizierte UN-Verhaltenskodex für Linienkonferenzen von 1974²⁹⁾ betroffen, zu dessen Vertragsparteien auch die ehemalige DDR gehörte. Die Bundesrepublik hat in Übereinstimmung mit der Verordnung EWG/954/79, dem sog. "Brussel's Package", in einem Interpretationsvorbehalt erklärt, daß als "nationale Linienreederei" i.Si. des Verhaltenskodex jede in einem Mitgliedstaat der EWG niedergelassene Linienreederei behandelt wird.³⁰⁾ Und ferner, daß der Verhaltenskodex keine Anwendung findet auf Linienverkehre zwischen EWG-Staaten und - auf der Grundlage der Gegenseitigkeit - zwischen EWG-Staaten und OECD-Staaten. Mit der Überleitung des transformierten Verhaltenskodex nach Art. 8 EV und der in Art. 10 EV festgestellten Ausdehnung des Gemeinschaftsrechts auf das Gebiet der ehemaligen DDR finden auf die den Verhaltenskodex unterliegenden Linienverkehre von Reedereien im Gebiet der neuen Länder die gleichen Vorschriften Anwendung wie im übrigen Bundesgebiet.

Auf die nicht dem Verhaltenskodex unterliegenden Linienverkehre von Reedereien im Gebiet der neuen Länder finden die 3 See-

verkehrsverordnungen des Rates Nr. 4055 - 4057 von 1986 Anwendung.³¹⁾ Allerdings hat die Kommission vorgeschlagen, die Frist für die Anpassung von Ladungsanteilvereinbarungen in bestehenden zweiseitigen Schifffahrtsabkommen, die bisher nach der Verordnung EWG/4055/86 am 1. Januar 1993 ausläuft, für Ladungsanteilvereinbarungen in Verträgen der DDR bis zum 1. Januar 1995 hinauszuschieben, um der Bundesrepublik mehr Zeit für die Anpassung dieser Abkommen an das EG-Recht einzuräumen.³²⁾ Darauf ist bei den zweiseitigen Handels- und Seeschifffahrtsabkommen der ehemaligen DDR zurückzukommen (s.u. IV 2 c).

Für die Tankschifffahrt ist die Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1978³³⁾ von Bedeutung. Tankschiffe von 1600 BRT und mehr, die nach dem Wirksamwerden des Beitritts einen Hafen im Gebiet der ehemaligen DDR anlaufen, müssen sich rechtzeitig anmelden und dem Lotsen die Tankschiffprüfliste übergeben. Die Richtlinie ist hinsichtlich der Prüfliste bundesrechtlich durch die nach Art. 8 EV übergeleitete Allgemeine Lotsverordnung von 1987 umgesetzt worden.³⁴⁾ Sie muß hinsichtlich der An- und Abmeldung durch entsprechende Regelungen des dem Landesrecht angehörenden Hafenrechts ergänzt und bis zur Schaffung dieser Regeln ausgesetzt werden.

Nicht unmittelbar zum Seerecht gehören Fragen der Schiffbau-beihilfen. Dennoch sei hier erwähnt, daß die EG-Kommission zur Zeit ebenfalls erwägt, Werften im Gebiet der neuen Länder durch Ergänzung der 6. Richtlinie für Schiffbaubeihilfen vorübergehend für Zwecke der Umstrukturierung höhere Betriebsbeihilfen zu gewähren.³⁵⁾

III. Völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR (Art. 40 Abs. 2 EV)

Rechte und Pflichten aus zweiseitigen Verträgen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sollen nach Art. 40 Abs. 2 EV "von den innerstaatlich zuständigen Rechtsträgern übernommen, angepaßt oder abgewickelt" werden,

sofern sie nicht im Zuge der Herstellung der Einheit gegenstandslos geworden sind. Im Seerechtsbereich sind die Vorschriften des Verkehrsvertrages von 1972 für die Seeschifffahrt³⁶⁾ und die Vereinbarung von 1974 über den Fischfang in einem Teil der Territorialgewässer der DDR in der Lübecker Bucht³⁷⁾ betroffen. Die Rechte und Pflichten aus beiden Übereinkommen werden durch die Vereinigung gegenstandslos, an ihrer Stelle findet das geltende Recht der Bundesrepublik Anwendung.

IV. Völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen (Kap. IV EV)

1. Verträge der Bundesrepublik Deutschland (Art. 11 EV)

Die Wirkung des Beitritts auf die Außenbeziehungen der beiden deutschen Staaten zu Drittstaaten ist in ihren Grundzügen in Kapitel IV des Einigungsvertrages geregelt. Der Vertrag behandelt in Art. 11 die völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen der Bundesrepublik. Nach den eingangs dargestellten Grundsätzen behalten diese unverändert ihre Gültigkeit, da die Bundesrepublik als Völkerrechtssubjekt fortbesteht. Nach dem in Art. 11 EV³⁸⁾ aufgenommenen Grundsatz der beweglichen Vertragsgrenzen bildet das Gebiet der neuen Länder seit dem Wirksamwerden der Vereinigung das erweiterte Vertragsgebiet für diese Verträge. Nach Art. 11 werden allerdings bestimmte in Anlage I zum Einigungsvertrag genannte Verträge über Verteidigungsangelegenheiten nicht auf das Gebiet der ehemaligen DDR angewendet. Seerechtliche Verträge gehören jedoch nicht zu diesen Ausnahmen. Als souveräne Entscheidung der erweiterten Bundesrepublik kann die Anwendung des Grundsatzes der beweglichen Vertragsgrenzen von einem Drittstaat nicht zurückgewiesen werden. Besonderer Überleitungserklärungen für die einzelnen Verträge bedarf es nicht, sie können jedoch zur Klarstellung abgegeben werden.

Die Verträge behalten mit ihren Anlagen, Protokollen und Zusatzvereinbarungen in der Form ihre Gültigkeit, wie sie bisher für die Bundesrepublik gegolten haben, das heißt also mit den von der Bundesrepublik angebrachten Vorbehalten und abgegebenen Erklärungen.

gen.

So entfällt beispielsweise der von der DDR zu Art. 9 des Übereinkommens über die Hohe See von 1958³⁹⁾ gemachte Vorbehalt, daß auch Staatshandelsschiffe auf Hoher See völlige Immunität genießen; außerdem der Vorbehalt, daß bestimmte nicht von Art. 15 des genannten Übereinkommens erwähnte Maßnahmen auf Hoher See als Piraterie anzusehen seien.⁴⁰⁾ Die Bundesrepublik hat als Vertragspartei des Hohe See-Übereinkommens beiden Vorbehalten widersprochen.⁴¹⁾ Vorbehalt und Widerspruch können nach geltendem Völkerrecht "jederzeit", also auch anlässlich der Inkorporation der DDR zurückgezogen werden⁴²⁾. Eine entsprechende Erklärung der Bundesrepublik hinsichtlich der von der DDR gemachten Vorbehalte hätte aber nur deklaratorischen Charakter, da diese Vorbehalte mit dem Wirksamwerden des Beitritts der DDR ohnehin gegenstandslos geworden sind. Andererseits ist anzumerken, daß die Herstellung der deutschen Einheit die Bundesrepublik nicht berechtigt, zu den von ihr abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen neue Vorbehalte anzubringen⁴³⁾.

Sonstige Erklärungen zu einem völkerrechtlichen Vertrag, die keinen Vorbehalt darstellen, wie z.B. Auslegungserklärungen, bleiben als Erklärungen der Bundesrepublik weiterhin bestehen, es sei denn, sie werden gegenstandslos - wie z.B. die üblichen Berlin-Erklärungen - oder formell zurückgezogen. Erklärungen der DDR in Verträgen, die von beiden deutschen Staaten ratifiziert worden sind, wie z.B. die Erklärung, daß die Unterzeichnungsklausel (Art. 31) und die Beitrittsklausel (Art. 33) des Hohe See-Übereinkommens von 1958 nicht mit der sog. Allstaatenklausel übereinstimmen⁴⁴⁾, entfallen nach dem Gesagten ebenfalls.

Art. 11 EV stellt ferner klar, daß auch solche Verträge der Bundesrepublik auf das Gebiet der neuen Länder Anwendung finden, die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen oder Institutionen⁴⁵⁾ begründen. Die Kontinuität der Vertretung der Bundesrepublik in internationalen Organisationen, wie z.B. der IMO⁴⁶⁾ oder der Helsinki Kommission⁴⁷⁾, bleibt also gewahrt.

Die Vereinigung kann jedoch Auswirkungen auf einzelne Übereinkommen haben. So hat sich z.B. der Anteil der deutschen Flotte an der Welthandelstonnage erhöht⁴⁸⁾. Dies kann im Einzelfall Rückwirkungen für Stimmrechte oder die Höhe finanzieller Beiträge haben. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Durch das auf dem Seewege über die Häfen der neuen Länder eingeführte Öl erhöht sich voraussichtlich der Jahresbeitrag der Bundesrepublik zum Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden⁴⁹⁾. Es sei nur am Rande erwähnt, daß sich die Gruppe der osteuropäischen Staaten innerhalb der Vereinten Nationen (UNCTAD) und ihrer Sonderorganisationen (IMO) durch den Untergang der DDR verkleinert. Die regionale Gliederung wird bei der Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen berücksichtigt.

Soweit derartige Fragen Anpassungen erforderlich machen, wird sich die gesamtdeutsche Regierung nach Art. 11 Satz 2 EV mit den Regierungen der jeweiligen Vertragspartner ins Benehmen setzen, d.h. sie wird in Konsultationen eintreten und im Verhandlungswege nach Treu und Glauben sachgemäße Regelungen suchen.

2. Verträge der DDR (Art. 12 EV)

a) Das anwendbare Recht

Fragt man als nächstes nach dem Schicksal der völkerrechtlichen Verträge der DDR nach der Herstellung der deutschen Einheit, bietet es sich an, eine Antwort auf diese Frage im Einigungsvertrag selbst zu suchen, dessen Art. 12 in der Tat unter der Überschrift "Verträge der DDR" steht. Allerdings muß man sich vor Augen halten, daß er als zweiseitiger Vertrag das Schicksal der Verträge der DDR allein für die Bundesrepublik und für die DDR verbindlich regeln kann. Die Rechte und Pflichten dritter Staaten, die Vertragsparteien seerechtlicher Verträge der ehemaligen DDR sind, werden von Art. 12 EV grundsätzlich nicht berührt. Die Vorschrift betrifft zwar eine in der Wiener Vertragsrechtskonvention nicht geregelte Frage der Staatennachfolge,⁵⁰⁾ aber auch bei der Staatennachfolge sind Verträge zu Lasten von Drittstaaten unwirksam. Wie gleich noch zu zeigen ist, enthält Art. 12 EV aber sowieso keine Drittstaatenregelung.

Wendet man sich auf der Suche nach den einschlägigen Regeln für die Rechtsfolgen des Beitritts als nächstes dem allgemeinen Völkerrecht zu, so scheint auch dieses prima facie nicht besonders fruchtbar zu sein. Die in dem Wiener Übereinkommen über die Staatennachfolge in Verträge von 1978⁵¹⁾ enthaltenen Regelungen finden auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten m.E. auch keine entsprechende Anwendung.⁵²⁾ Das Wiener Übereinkommen soll nur auf Fälle anwendbar sein, die sich nach seinem Inkrafttreten ereignen⁵³⁾. Es ist bisher aber noch nicht in Kraft getreten. Auch findet es - ungeachtet einer recht weiten Definition der Staatennachfolge als "Ersetzung eines Staates durch einen anderen hinsichtlich der Verantwortlichkeit für die internationalen Beziehungen des Territoriums"⁵⁴⁾ - auf die vorliegende Inkorporation keine Anwendung. Diese ist insbesondere von den im Wiener Übereinkommen geregelten Fällen der Abtretung von Staatsgebiet

(Zession)⁵⁵⁾ und von dem Zusammenschluß von zwei Staaten zu einem neuen Staat (Fusion)⁵⁶⁾ zu unterscheiden, denn - wie gesagt - bei der Inkorporation geht ein Staat unter, während sein Staatsgebiet in einen anderen Staat einverleibt wird. Überdies stellt die Wiener Konvention selbst für die von ihr geregelten Fälle der Staatennachfolge nach überwiegender Meinung keine Kodifikation geltenden Gewohnheitsrechts dar⁵⁷⁾.

Für den Sonderfall der friedlichen Inkorporation läßt sich aber auch kein besonderes Gewohnheitsrecht nachweisen⁵⁸⁾. Denn die Fälle einer friedlichen Inkorporation auf vertraglicher Grundlage oder, wie im Falle der DDR, durch einseitige Beitrittserklärung, sind in der Völkerrechtsgeschichte insgesamt verhältnismäßig selten und waren untereinander zu unterschiedlich, als daß sich dazu ein einheitliches Gewohnheitsrecht hätte herausbilden können⁵⁹⁾.

Schließlich enthält auch der Einigungsvertrag keine bestimmte Regelung für das Schicksal der Verträge der ehemaligen DDR, sondern nur allgemeine Grundsätze. Die beiden deutschen Staaten haben in Art. 12 EV zwar nicht vereinbart, daß die Bundesrepublik in keinen Vertrag der DDR eintreten soll. Sie gehen aber auch nicht vom "generellen Erlöschen aller völkerrechtlichen Verträge der DDR aus"⁶⁰⁾. Art. 12 Abs. 1 EV stellt vielmehr fest, daß die Fragen der Regelung bzw. Feststellung einer Fortgeltung, Anpassung oder des Erlöschens der Verträge mit den Vertragspartnern der DDR "zu erörtern" sind. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß sich die Regierung des vereinten Deutschlands über diese Fragen mit den Vertragspartnern ins Benehmen setzen will. Art. 12 Abs. 2 EV sagt dementsprechend, das vereinte Deutschland werde seine Haltung zum Übergang der Verträge "nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind", festlegen.

Außerdem wird in Art. 12 Abs. 3 EV speziell für solche internationalen Organisationen oder mehrseitigen Verträge, denen nur die DDR, nicht aber die Bundesrepublik angehört, festgestellt, daß

ein Eintreten im "Einvernehmen mit den jeweiligen Vertragspartnern" hergestellt werden soll. Jedenfalls für mehrseitige Verträge geht der Einigungsvertrag also nicht davon aus, daß die Bundesrepublik von Rechts wegen in die Position einer Vertragspartei hineinwächst, denn der Eintritt in einen Vertrag "im Einvernehmen" mit den jeweiligen Vertragspartnern bedeutet, es muß ein wenn auch formloser Konsens mit ihnen darüber hergestellt werden, daß die Bundesrepublik anstelle der DDR Vertragspartei wird. Für zweiseitige Verträge läßt Art. 12 EV diese Fragen offen. Deshalb ist hinsichtlich des anwendbaren Rechts für diese auf die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts zurückzugreifen. Dafür kommen folgende Grundsätze in Betracht:

1. Der Grundsatz, daß völkerrechtlich anerkannte Grenzen nur mit Zustimmung des benachbarten Staates verändert werden können, Grenzverträge mit Drittstaaten aber durch ⁶¹⁾ Änderungen des Status eines Gebietes nicht berührt werden .
2. Der Grundsatz, daß Gebiete mit allen daran haftenden Rechten und Pflichten dritter Staaten übertragen werden ⁶²⁾ . Dasselbe gilt entsprechend für seerechtliche Zonen.
3. Der Grundsatz, daß ein Vertrag nur mit Konsens der anderen Vertragspartei bzw. -parteien verändert werden kann. ⁶³⁾ Entsprechendes gilt für die Vereinbarung der Fortgeltung eines erloschenen Vertrages sowie für das Wieder-Inkraftsetzen eines vorübergehend aufgehobenen Vertrages.
4. Der Grundsatz der Interessenwahrung, wonach eine Vertragspartei eines beschränkt mehrseitigen Vertrages nur mit Zustimmung der anderen Vertragsparteien ersetzt werden kann. ⁶⁴⁾
5. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes im Völkerrecht allgemein und im Vertragsrecht im besonderen. ⁶⁵⁾
6. Der Grundsatz, daß über die Mitgliedschaftsrechte in einer internationalen Organisation oder Institution in erster Linie

nach dem Gründungsvertrag und den Statuten der Organisation oder Institution zu entscheiden ist.⁶⁶⁾

b) Mehrseitige Verträge

aa) Mitgliedschaft beider deutscher Staaten bzw. der DDR und der EWG

Die Mitgliedschaft der DDR in den zahlreichen mehrseitigen Verträgen des Seerechts, in denen auch die Bundesrepublik Vertragspartei ist und die dementsprechend nach der Herstellung der deutschen Einheit nach Art. 11 EV für das gesamte Bundesgebiet gelten, ist mit dem Untergang der DDR am 3. Oktober 1990 von Rechts wegen erloschen, weil seither nur noch ein einziger deutscher Staat als Völkerrechtssubjekt besteht. Das Erlöschen setzte keine besondere Erklärung voraus, eine feststellende Beendigungserklärung dürfte aber diplomatisch üblich sein.

Entsprechendes gilt für die Mitgliedschaft der DDR in internationalen Organisationen oder Institutionen, in welcher auch die Bundesrepublik vertreten ist. Ausstehende Zahlungsverpflichtungen gehen nach dem Grundsatz des Vertrauensschutzes an die Bundesrepublik über. Fraglich kann die Stellung von Experten sein, die auf Vorschlag der DDR von einer internationalen Organisation gewählt oder ernannt worden sind. Sofern diese nicht offizielle Staatenvertreter der DDR, sondern unabhängige Experten sind, wird man annehmen können, daß sie bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode im Amt bleiben können, sofern die Satzung und die Statuten der Organisation nichts anderes vorsehen.

Ähnlich ist die Rechtslage bei den mehrseitigen Fischereiübereinkommen, deren Vertragspartei außer der DDR wegen der ausschließlichen Außenzuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Fischereiangelegenheiten seit 1979 nur noch die EWG und nicht mehr die Mitgliedstaaten sind.⁶⁷⁾ Auch hier endet der Status der DDR als Vertragspartei, und ihre Mitgliedschaft in den betreffenden Fischereikommissionen erlischt.

bb) Alleinige Mitgliedschaft der DDR

Anders ist die Lage hingegen bei den vier mehrseitigen seerechtlichen Übereinkommen, deren Vertragspartei nur die DDR, nicht aber die Bundesrepublik bzw. die EWG war. Im Bereich des öffentlichen Seerechts handelte es sich um die beiden Genfer Konventionen von 1958 über das Küstenmeer und die Anschließzone⁶⁸⁾ sowie über den Festlandsockel.⁶⁹⁾ Wie ich unter Hinweis auf Art. 12 Abs. 3 EV schon festgestellt habe, wird die Bundesrepublik durch den Untergang der DDR nicht von Rechts wegen Vertragspartei dieser Übereinkommen, und zwar auch nicht im Falle der von ihr unterzeichneten Festlandsockelkonvention von 1958. Denn die Unterzeichnung eines ratifikationsbedürftigen Vertrages ersetzt im Falle der Staatennachfolge in ein Gebiet nicht die erforderliche Ratifikation. Die beiden Genfer Konventionen von 1958 bilden außerdem keine gebietsbezogenen Verträge im eigentlichen Sinne, da sie nicht speziell den Status eines bestimmten einverleibten Gebietes regeln, sondern allgemeine, mittlerweile weitgehend in Gewohnheitsrecht erwachsene Regeln für das Küstenmeer und die Anschließzone bzw. für den Festlandsockel enthalten. Also auch unter diesem Gesichtspunkt tritt die Bundesrepublik nicht die Rechtsnachfolge in die erwähnten Konventionen an.

Auch im seehandelsrechtlichen Bereich war die DDR Vertragspartei von zwei mehrseitigen Übereinkommen, zu deren Vertragsparteien die Bundesrepublik nicht gehört. Sie hat 1979 die sog. Visby-Regeln für Konnossemente ratifiziert⁷⁰⁾ und ist 1989 dem bereits erwähnten Athener Übereinkommen über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See beigetreten.⁷¹⁾ In der Bundesrepublik gilt das Brüsseler Abkommen von 1924 über Konnossemente,⁷²⁾ die Visby-Regeln sind auch ohne völkerrechtliche Verpflichtung vollständig in das innerstaatliche Recht eingearbeitet worden.⁷³⁾ Das Athener Übereinkommen wurde mit höheren Haftungsbeiträgen eingearbeitet⁷⁴⁾ (s.o. III 1).

Da die Bundesrepublik weder von Rechts wegen Nachfolgerin der DDR

in diesen Verträgen geworden ist, noch einer Verpflichtung zum Eintreten in die Stellung der untergegangenen DDR für sie besteht, kann sie also frei darüber entscheiden, ob sie das Einvernehmen der anderen Vertragsparteien über ihren Eintritt in das jeweilige Übereinkommen suchen oder diesem fernbleiben will. Im Falle der beiden Genfer Übereinkommen von 1958 sprächen schwebende Grenzfragen in der Emsmündung und Fragen der Festlandsockelgrenzen in der westlichen Ostsee gegen ein Eintreten, da sich nach dem von der Bundesrepublik 1972 ratifizierten Fakultativen Unterzeichnungsprotokoll von 1958⁷⁵⁾ die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag automatisch auf die offenen Fragen erstrecken würde. Im Falle der Visby-Regeln gibt es offenbar Gründe der politischen Kosmetik,⁷⁶⁾ bei dem Athener Übereinkommen die geringen Haftungsbeträge, die gegen ein Eintreten in die Übereinkommen anstelle der DDR stehen.

Im übrigen bleibt es der Bundesrepublik jederzeit unbenommen, die Übereinkommen durch Ratifikation oder Beitritt für sich verbindlich zu machen.

cc) Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

Vom Einigungsvertrag nicht ausdrücklich erwähnt, aber vom weiten Wortlaut des Art. 12 EV mit erfaßt - spricht doch dieser nur ganz allgemein von "völkerrechtlichen Verträgen der Deutschen Demokratischen Republik" - ist schließlich auch der Fall, daß die DDR einen völkerrechtlichen Vertrag zwar unterzeichnet aber nicht ratifiziert hat, der von der Bundesrepublik nicht einmal unterzeichnet worden ist. Dies liegt bekanntlich beim Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982⁷⁷⁾ vor. Hier gilt m.E. das für die mehrseitigen Verträge der DDR Gesagte sinngemäß. Die Bundesregierung kann durch eine entsprechende Erklärung gegenüber dem als Depositär tätigen Generalsekretär der Vereinten Nationen in die Unterzeichnerposition der DDR auch noch nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist⁷⁸⁾ eintreten. Ein Einvernehmen mit den übrigen Unterzeichnerstaaten und Vertragsparteien des mehrseitigen Vertrages dürfte solange nicht erforderlich sein, wie das See-

rechtsübereinkommen noch nicht in Kraft getreten ist.⁷⁹⁾ Denn mit der Unterzeichnung ist lediglich eine vorvertragliche und ohnehin widerrufbare Bindungswirkung eingetreten, welche den Unterzeichnerstaat verpflichtet, Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht zu vereiteln.⁸⁰⁾ Eine Ratifikationspflicht entsteht daraus bekanntlich nicht. In die Unterzeichnerposition der DDR eintretend, würde die Bundesrepublik zunächst auch die bei der Unterzeichnung von der DDR abgegebenen Erklärungen⁸¹⁾ übernehmen, könnte diese aber abändern oder widerrufen.

Verfassungsrechtlich könnte die Eintrittserklärung von der Bundesregierung im Rahmen der auswärtigen Gewalt ohne Zustimmung des Parlamentes abgegeben werden, da durch die Erklärung noch keine vertragliche Bindung der Bundesrepublik entsteht.

Politisch würde ein solcher Schritt der Bundesrepublik von den Gremien der Vereinten Nationen, der EWG und den anderen Unterzeichner- bzw. Vertragsstaaten ohne Zweifel begrüßt und vor allem als Signal für die deutsche Bewerbung um den Sitz des Internationalen Seegerichtshofs verstanden werden.

c) Zweiseitige Verträge

In rechtlicher und praktischer Hinsicht am interessantesten in dem hier erörterten Zusammenhang sind die zahlreichen zweiseitigen seerechtlichen Verträge der DDR. Auch diese sind in verschiedene Gruppen zu unterteilen, die sich jedoch nach der Funktion und dem Regelungsgegenstand der Verträge, nicht aber danach unterscheiden, ob auch die Bundesrepublik Vertragspartei ist.

aa) Grenzverträge

Von den zweiseitigen Verträgen werfen die Abgrenzungsverträge für das Küstenmeer und für seerechtliche Zonen, welche die DDR mit Polen⁸²⁾, Schweden⁸³⁾ und Dänemark⁸⁴⁾ geschlossen hat, die geringsten Probleme auf. Die vorhandenen Seegrenzen werden von der Herstellung der deutschen Einheit nicht berührt. Die Bundesrepu-

blik tritt als Gebietsnachfolger nach ganz herrschender Auffassung⁸⁵⁾ von Rechts wegen in die vorhandenen Grenzverträge ein. Dies betrifft auch die sonstigen Vereinbarungen in diesen Verträgen, wie beispielsweise Konsultationspflichten bei grenzüberschreitenden Lagerstätten im Festlandssockelvertrag mit Dänemark von 1988⁸⁶⁾ oder die besonderen gebietsbezogenen Vereinbarungen für die Oderbucht im Grenzvertrag mit Polen von 1989.⁸⁷⁾ Die Gründe für das gewohnheitsrechtliche Eintreten des Gebietsnachfolgers in Grenzverträge finden sich in dem Grundsatz der Unveränderlichkeit anerkannter Grenzen sowie in der Tatsache, daß die Interessen des Nachbarstaates durch die Gebietsnachfolge regelmäßig nicht berührt werden.

bb) Verträge über Handel und Seeschifffahrt

Andere zweiseitige Verträge der DDR, insbesondere die mehr als 30 Handels- und Seeschifffahrtsverträge⁸⁸⁾, stellen den Völkerrechtler hingegen vor größere juristische Probleme. Für die Rechtswirkungen der deutschen Einheit auf diese Verträge lassen sich keine klaren Regeln und keine einfachen Lösungen, sondern bisher nur allgemeine Grundsätze und unterschiedliche, im einzelnen umstrittene Lösungsmöglichkeiten finden. Art. 12 Abs. 1 EV sagt hierzu nur, daß die Regelung bzw. Feststellung "ihrer Fortgeltung, Anpassung oder ihres Erlöschens" mit den jeweiligen Vertragspartnern dieser Verträge u.a. "unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen" der Bundesrepublik "zu erörtern" sind. Abs. 2 behält diese Erörterungen in Form von Konsultationen dem vereinten Deutschland vor. Vieles wird also von Verhandlungen der künftigen gesamtdeutschen Regierung mit den Vertragsparteien dieser Übereinkommen abhängen.

Im Unterschied zu den mehrseitigen Verträgen liegen die Probleme hier weniger in bereits bestehenden vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik, denn theoretisch könnte das vereinte Deutschland mit einem und demselben Staat zur gleichen Zeit einen übergeleiteten Handels- und Schifffahrtsvertrag der Bundesrepublik und

einen von der DDR übernommenen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt unterhalten, sofern sich deren Regelungsgehalte nicht gegenseitig ausschließen. Praktisch dürften einem solchen Nebeneinander zweiseitiger Verträge über denselben Regelungsgegenstand jedoch Bedenken hinsichtlich der Rechtsklarheit entgegenstehen.

Das primäre Problem dieser Handels- und Seeschiffahrtsverträge ist vielmehr das **Geltungsproblem**, d.h. die grundlegende Frage, ob der jeweilige Vertrag infolge der Herstellung der deutschen Einheit erlischt oder weiterbesteht. Die Logik scheint auf den ersten Blick ein Erlöschen dieser Verträge nahezu legen, bewirkt doch der Untergang eines Staates das Ausscheiden aus seinen zweiseitigen Vertragsbeziehungen. Ein Vertrag mit nur einer einzigen Vertragspartei ist schließlich ein begriffliches Unding. Legt man diese Erlöschensthese zugrunde, wäre der Vertrag also nicht zu bewahren, sondern könnte nur im Wege einer Vertragserneuerung (Novation) wieder hergestellt werden.

Dem Vorteil eines perfekten Interessenschutzes für die beteiligten Staaten und einer großen Rechtsklarheit stehen im Falle einer derartigen Novation aber sämtliche Nachteile entgegen, die der erforderliche Abschluß eines neuen Vertrages mit sich bringen würde. Diese Nachteile können bereits in der politischen Lage des betreffenden Vertragsstaates liegen. Die Vertragserneuerung bedürfte außerdem der parlamentarischen Zustimmung, und bei Handels- und Schiffahrtsverträgen sind zusätzlich die Zuständigkeiten der EWG zu berücksichtigen. Wie schon erwähnt, wird zwar eine Verlängerung der Anpassungsfrist für die Handels- und Schiffahrtsverträge der ehemaligen DDR an das Gemeinschaftsrecht erwogen. Nach meinem Dafürhalten ist es aber zweifelhaft, ob eine Vertragserneuerung überhaupt als "Anpassung" der Verträge an das in Art. 4 Abs. 1 der Verordnung EWG/4055/86 genannte Gemeinschaftsrecht zu verstehen ist,⁸⁹⁾ selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Novation den erloschenen Vertrag weitgehend ersetzen würde. Eine mit dem Gemeinschaftsrecht nicht zu vereinbarende Ladungsanteilvereinbarung, wie sie im Zusammenhang mit 17 Handels- und Seeschiffahrtsverträgen von der DDR getroffen

worden sein soll,⁹⁰⁾ wäre im Falle eines Erlöschens der zweiseitigen Verträge also verloren.

Die Probleme der Anpassung an das Gemeinschaftsrecht sind rechtlich jedoch einfacher zu lösen, wenn die zweiseitigen Verträge der DDR nach der Herstellung der deutschen Einheit weiterbestehen. Dies setzt allerdings voraus, daß die Bundesrepublik entweder von Rechts wegen oder auf rechtsgeschäftlichem Wege in die Stellung der DDR als Vertragspartei eingetreten ist oder eintreten kann.

Ein Eintreten von Rechts wegen müßte im Zweifel sämtliche zweiseitigen Verträge gleichmäßig erfassen. Die Bundesrepublik wäre damit seit dem 3. Oktober 1990 Vertragspartei von einer großen Zahl von Handels- und Seeschiffsverträgen der untergegangenen DDR, die sie nur einvernehmlich mit der jeweiligen Vertragspartei aufheben oder unter Einhaltung der vertraglichen Fristen kündigen bzw. auslaufen lassen könnte. Ein Rechtssatz, auf den sich eine solche generelle Nachfolge in die zweiseitigen Verträge stützen könnte, läßt sich für die Inkorporation im geltenden Völkerrecht m.E. nicht nachweisen. Ein derartiges Eintreten von Rechts wegen würde vor allem den Grundsatz der Interessenwahrung zuwiderlaufen, denn das Recht würde jedem betroffenen Staat durch die Nachfolge einen Vertragspartner aufzwingen, den er nicht selbst gewählt hat. Wenn schon im mehrseitigen Vertrag das Eintreten nur "im Einvernehmen" erfolgen kann, wie Art. 12 Abs. 3 EV zutreffend feststellt, muß dies m. E. erst recht für den zweiseitigen Vertrag gelten - enthält dieser doch regelmäßig viel dichtere rechtliche Beziehungen als ein mehrseitiger Vertrag. Eine Analogie zur Fusion scheidet an der Unvergleichbarkeit der Ausgangslagen. Denn bei der in Art. 31 der Wiener Konvention von 1978 geregelten Fusion bringen die sich zusammenschließenden Staaten unter Wahrung ihrer Identität ihre zweiseitigen Verträge in den neuen Staatsverband ein, wo diese Verträge im Zweifel dann nur im Gebiet der jeweiligen früheren Vertragspartei weitergelten.

Damit bleibt als letzte und, wie mir scheint, überzeugendste

Lösung nur die Möglichkeit, daß die Handels- und Seeschiffahrtsverträge auf der Grundlage eines rechtsgeschäftlichen Eintritts der Bundesrepublik in die Rechtstellung der untergehenden DDR fortgelten. Zum Schutz der Interessen der betroffenen Vertragsparteien kann dieses Eintreten nicht durch einseitige Erklärung, sondern auch hier wiederum nur durch Einvernehmen erfolgen. Bei dieser Lösung bleibt der jeweilige Vertrag also zwischen der Bundesrepublik und der überkommenen Vertragspartei bestehen, weil zwischen beiden Parteien Einvernehmen darüber besteht, daß er weitergelten soll.

Es fragt sich allerdings, welchen Status der Vertrag denn hat in dem Zeitraum zwischen dem Untergang der DDR und der Herstellung des Einvernehmens bzw. der Feststellung einer der beiden Vertragsparteien, daß der Vertrag erlöschen solle. Um ein Erlöschen des Vertrages in dieser Zwischenzeit zu vermeiden, ist das Einvernehmen der Parteien bis zu ihrer Erklärung von Rechts wegen zu vermuten.⁹¹⁾ Diese widerlegbare Vermutung schützt das Interesse der Parteien an einer Fortgeltung des Vertrages, bindet aber keine Partei unangemessen, da jede in angemessener Frist erklären kann, sie betrachte den Vertrag als erloschen. Als angemessener Zeitraum für eine solche Erklärung ist ein Zeitraum nach der Herstellung der deutschen Einheit anzusehen, in welchem den Umständen nach noch mit einem Erlöschen des Vertrages gerechnet werden konnte. Zu diesen Umständen zählen insbesondere der Umfang der Handelsbeziehungen und des Schiffsverkehrs mit dem betreffenden Staat und die faktische Anwendung des Vertrages auf dieselben.

Im übrigen hat jede Partei bei ihrer Entscheidung über Erlöschen oder Fortgeltung des Vertrages nach Treu und Glauben auch das Interesse zu berücksichtigen, welches die andere Partei an der Fortgeltung des Vertrages haben kann. Dieser Vertrauensschutz⁹²⁾ umfaßt nach allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aber nicht das Vertrauen in die bloße Fortgeltung des Rechts als solche, sondern geht von dessen Fortentwicklung aus.⁹³⁾ Er knüpft dabei an besondere Vertrauenstatbestände an, wie sie beispielsweise mit

der überragenden entwicklungspolitischen Bedeutung des Vertrages für eine Partei erbrachten Vorleistungen oder langfristigen Leistungsverpflichtungen gegeben sind.

In diesem Zusammenhang ist an eine Besonderheit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sozialistischer Staaten zu erinnern, die darin bestand, daß Vertragspartner der einzelnen Lieferungs- oder Dienstleistungsverträge staatliche Unternehmen oder Außenhandelsgesellschaften waren. Diese Verträge sind von der DDR zwar vielfach unter dem Dach eines Handels- und Seeschiffahrtsvertrages abgeschlossen worden. Bei ihnen handelt es sich aber nicht um völkerrechtliche, sondern regelmäßig um eigenständige privatrechtliche Verträge oder Verträge eigenen Rechts. Sie unterfallen damit also nicht dem Art. 12 EV, können aber insbesondere dann bei der Entscheidung über die Fortgeltung des Handels- und Seeschiffahrtsvertrages berücksichtigt werden, wenn sie ausnahmsweise einmal von diesem abhängen sollten. Andererseits ist auch zu beachten, daß die DDR insbesondere in früheren Jahren viele dieser zweiseitigen Handels- und Seeschiffahrtsverträge mit dem Motiv der völkerrechtlichen Anerkennung abgeschlossen hat, so daß sie für die geringen Handels- und Schiffahrtsbeziehungen mit diesen Staaten kaum von praktischer Bedeutung waren. Es läßt sich also aus der Sicht der Bundesrepublik durchaus zwischen wichtigen, weniger wichtigen und überflüssigen Verträgen differenzieren.

Die Frage der Anpassung eines weitergeltenden Vertrages ist im Vergleich zu der Geltungsproblematik danach recht einfach zu beantworten. Eine sich als Änderung eines bestehenden Vertrages darstellende Anpassung ist grundsätzlich nur im Einvernehmen mit der anderen Vertragspartei durchzuführen, es sei denn, der Vertrag enthält ausnahmsweise eine besondere Anpassungsklausel, die auch ein einseitiges Vorgehen erlauben würde.

Zu seinem räumlichen Anwendungsbereich sei angemerkt, daß ein mit der Bundesrepublik als Vertragspartei fortgeltender Handels- und Seeschiffahrtsvertrag als Bundesrecht grundsätzlich im gesamten

Bundesgebiet Anwendung findet, es sei denn die Bundesrepublik vereinbart mit der anderen Vertragspartei eine räumliche Beschränkung auf das Gebiet der neuen Länder. Eine derartige Beschränkung der Anwendung ist jedenfalls im Einigungsvertrag nicht vorgesehen. Die Erwägungsgründe zum Entwurf der Änderungsverordnung zur Verordnung EWG/4055/86 merken zwar an, daß sich die "aus Ladungsanteilvereinbarungen abgeleiteten eventuellen Ansprüche von Drittländern nur auf die Ladungen mit Ursprung im Gebiet der DDR erstrecken".⁹⁴⁾ Diese Rechtsauffassung ist aber unverbindlich. Sie verkennt m.E. die sich nach dem Eintritt der Bundesrepublik in diese Verträge ergebende Rechtslage, wie sie soeben dargestellt worden ist. Eine materiellrechtliche Beschränkung der Weitergeltung im operativen Teil der Verordnung auf "Ladungen mit Ursprung im Gebiet der DDR" würde aber dem Geist des Gleichbehandlungsgebotes des EWG-Vertrages zuwiderlaufen und im übrigen im vereinten Deutschland praktisch kaum durchführbar sein. Im Klartext bedeutet das: Eine weitergeltende Ladungsanteilvereinbarung gilt für sämtliche Waren aus dem gesamten Bundesgebiet und kann von allen Schiffen unter deutscher Flagge im Verkehr mit dem betreffenden anderen Vertragsstaat genutzt werden.

Abschließend sind auch hier die Fragen nach der Beteiligung des Gesetzgebers und der Befugnis der EWG zu stellen. Unter Rückgriff auf den Gedanken der Inkorporation ist wiederum anzunehmen, daß die Feststellung des Erlöschens eines Vertrages ausschließlich in die auswärtige Gewalt der Bundesregierung fällt und überdies die Befugnisse der EWG nicht berührt. Soll hingegen im Einvernehmen mit dem betreffenden Staat die Weitergeltung des Vertrages festgestellt oder seine Anpassung vorgenommen werden, tritt eine (völker-)rechtsgeschäftliche Bindungswirkung für die Bundesrepublik ein, die vorher so nicht bestand. Und es entsteht außerdem die Notwendigkeit der Transformation des Vertrages in das deutsche Recht. Die Rechtslage wäre auch nicht anders, wenn ein Vertrag nur in den neuen Ländern Anwendung finden soll, denn der Vertrag bindet völkerrechtlich die Bundesrepublik, deren föderative Glieder diese Länder sind. Es bedarf m.E. also eines Zustim-

mungsgesetzes, wobei angesichts der inhaltlichen Gleichheit der weitgehend formalisierten Handels- und Seeschiffahrtsverträge und angesichts der Ausnahmesituation der Vereinigung an ein Sammelgesetz mit einer Verordnungsermächtigung für die Anpassung und Durchführung der Verträge zu denken wäre.

Durch eine einvernehmliche Feststellung der Fortgeltung des Vertrages und eine darin eingeschlossene Geltungserstreckung auf die gesamte Bundesrepublik werden selbstverständlich die Befugnisse der EWG berührt. Jedoch handelt es sich bei diesem Vorgang nicht um den Abschluß eines neuen Vertrages, sondern um eine infolge des Untergangs der DDR erforderlich gewordene besondere Nachfolge- und Anpassungsfrage, die - nicht zuletzt aus entwicklungs- politischen Gesichtspunkten - einer befristeten Übergangszeit für die Anpassung an das Gemeinschaftsrecht bedarf, wie sie in dem erwähnten Entwurf einer Änderungsverordnung vorgesehen ist.

V. Zusammenfassung

Ich fasse die Ergebnisse thesenartig zusammen:

1. Die deutsche Einheit wird völkerrechtlich durch eine Inkorporation des Staatsgebietes und der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland hergestellt. Die DDR geht als Staat und Völkerrechtssubjekt unter.
2. Das in der Bundesrepublik geltende transformierte Völkerrecht wird nach Art. 8 EV auf das Gebiet der neuen Länder übergeleitet.
3. Das Gemeinschaftsrecht erstreckt sich nach dem Grundsatz der beweglichen Vertragsgrenzen von Rechts wegen auf das Gebiet der neuen Länder (Art. 10 EV).
4. Völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik (Art. 11 EV) erstrecken sich nach dem Grundsatz der beweglichen Vertragsgrenzen auf das Gebiet der neuen Länder.

5. Die Stellung der DDR als Vertragspartei in mehrseitigen Verträgen, in denen auch die Bundesrepublik Vertragspartei ist, erlischt von Rechts wegen. Dasselbe gilt für Mitgliedschaften der DDR in internationalen Organisationen oder Institutionen.
6. In mehrseitige Verträge der DDR kann die Bundesrepublik im Einvernehmen mit den jeweiligen Vertragsparteien und ggfs. mit der EWG in die Position der DDR nachfolgen (Art. 12 Abs. 3 EV).
7. Zweiseitige seerechtliche Verträge zwischen der Bundesrepublik und der DDR werden gegenstandslos und erlöschen (Art. 40 Abs. 2 EV).
8. In zweiseitige Grenzverträge bzw. seerechtliche Abgrenzungsverträge der DDR tritt die Bundesrepublik von Rechts wegen ein.
9. In die Verträge über Handel und Seeschifffahrt der DDR kann die Bundesrepublik im Einvernehmen mit der jeweiligen Vertragspartei eintreten. Solange die Vertragsparteien sich nicht zu einem Vertrag erklärt haben, wird seine Weitergeltung vermutet.
10. Gilt eine Ladungsanteilvereinbarung bundesrechtlich weiter, so findet sie auf alle Waren aus dem gesamten Bundesgebiet und alle Handelsschiffe unter deutscher Flagge Anwendung, sofern die Bundesrepublik nicht mit der Vertragspartei etwas anderes vereinbart.

(Abgeschlossen 3. Oktober 1990)

Fußnoten

- 1) Vgl. dazu R. Lagoni, Seerechtswissenschaft, in: Gedächtnisschrift für Wolfgang Martens, hrsg. von P. Selmer, I. von Münch, 1987, S. 803 ff.
- 2) Vgl. die Leitsätze der Berichterstatter J.A. Frowein und A. Randelzhofer auf der außerordentlichen Staatsrechtslehrertagung 1990 in DÖV 1990, S. 607, 612. Vor Abschluß des Einigungsvertrages äußerten sich insbesondere auch zur Frage der Wirkung der Vereinigung auf die völkerrechtlichen Verträge E. Klein, An der Schwelle zur Wiedervereinigung Deutschlands, NJW 1990, S. 1065, 1071 ff.; D. Rauschnig, Deutschlands aktuelle Verfassungslage, DVBl. 1990, S. 393, 403 f.; J.A. Frowein, Rechtliche Probleme der Einigung Deutschlands, EA 1990, S. 233, 234 f.; W. Heintschel - v. Heinegg, Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und das Schicksal der von ihnen abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge, BetriebsBerater 1990, Beilage 23 zu Heft 18 (Supplement DDR-Rechtsentwicklung, Folge 9, S. 9); R. Herber, Internationale Transportrechtsübereinkommen und deutsche Einheit, Transportrecht 1990, S. 253; L. Horn, Völkerrechtliche Aspekte der deutschen Vereinigung, NJW 1990, S. 2173; W. Schwenk, Rechtliche Auswirkungen aus dem Verhältnis beider deutscher Staaten auf den zivilen Luftverkehr, ZLW 1990, S. 147. Allgemein zu dieser Problematik D. Rauschnig, Das Schicksal völkerrechtlicher Verträge bei der Änderung des Status ihrer Partner, Hamburg 1963; Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl. 1984, § 975 ff., S. 609 ff.; Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht I/1, § 16, S. 157 ff.
- 3) BGBI. 1990 II 889. Der Einigungsvertrag wird durch die in Bonn und Berlin unterzeichnete Vereinbarung vom 18. September 1990 zu seiner Durchführung und Auslegung ergänzt, BGBI. 1990 II 1239.

II

- 4) Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Ländereinführungsgesetz - vom 22. Juli 1990, GBl. DDR 1990 I 955.
- 5) Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, BGBl. 1990 II 537.
- 6) Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990, GBl. DDR 1990 I 324. Der Beschluß wurde dem Bundespräsidenten, der Präsidentin des Bundestages und dem Bundeskanzler von der Präsidentin der Volkskammer übermittelt und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, BGBl. 1990 I 2057.
- 7) Gesetz zum Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. 1990 II 855.
- 8) Ausdehnung des Küstenmeeres der DDR auf 12 sm mit Wirkung vom Januar 1985, GBl. DDR 1984 I 441.
- 9) Festlandsockelproklamation der DDR von 1967, GBl. DDR 1967 I 5; ausschließliche Fischereizone der DDR von 1977, GBl. DDR 1977 I 429.
- 10) Ordnung über den Seetransport und Hafenumschlag gefährlicher Güter (OSHG) vom 4. Juni 1987 (TVA Nr. 170/18/87), vgl. Anlage II zum EV, Kapitel XI, Sachgebiet E: Allgemeine verkehrliche Bestimmungen, Abschnitt III, Nr. 6.
- 11) Vgl. R. Lagoni, Hafenrecht, in: Hoffmann-Riem/Koch (Hrsg.),

III

Hamburgisches Staats- und Verwaltungsrecht, Frankfurt a.M.
1988, S. 612 f.

- 12) Vgl. Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland vom 30.6.1959, BGBI. 1959 I 313.
- 13) BVerfGE 36, 1.
- 14) S.o. Anm. 3. Ergänzend sind völkerrechtliche Auslegungsregeln heranzuziehen.
- 15) Vgl. Art. 7 des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 und vereinbarte Protokollnotiz, BGBI. 1990 II 1317.
- 16) Die Völkerrechtslehre der DDR schloß das Recht zur friedlichen Durchfahrt für ausländische Kriegsschiffe, teilweise auch für Nicht-Handelsschiffe aus, vgl. Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen (Hrsg.), Völkerrecht, Lehrbuch Teil 1 (1973), S. 377, 376; J. Haalck/G. Reintanz, Internationales Seerecht (1972), S. 90, 89 (für "Nichtkriegsschiffe").
- 17) North Sea Continental Shelf Cases, I.C.J. Reports 1969, p. 3, 22, 29, 31.
- 18) Übereinkommen vom 15.2.1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge, BGBI. 1977 II 165.
- 19) Gesetz zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 11.2.1977 (Hohe-See-Einbringungsgesetz) (BGBI. 1977 II 165, 1492) sowie die Hohe-See-Einbringungsverordnung vom 7.12.1977 i.d.F. vom 25.6.1986 (BGBI. 1986 II 719).

IV

- 20) Athener Konvention über die Beförderung von Personen und deren Gepäck über See, 1974, vom 13.12.1974, GBl. DDR 1989 II 33.
- 21) Anlage I Kap. III, Sachgebiet D, Abschnitt III Nr. 1 b), (Drucks. Nr. 11/7760, S. 71).
- 22) S.u. IV 2 b), bb), S. 19 f.
- 23) Vorbehalt der DDR zum Athener Übereinkommen, Text in GBl. DDR 1989 II 33.
- 24) Vgl. R. Herber, TransportR 1990, S. 261.
- 25) Vgl. Anlage I, Kap. XI, Sachgebiet D: Seeverkehr, Abschnitt II. Vgl. dazu Hinz (für den Bundesminister für Verkehr), Anwendung des deutschen Seerechts nach dem Einigungsvertrag, Verkehrsblatt 1990, S. 617.
- 26) Dieser dispositive Grundsatz des Gewohnheitsrechts ist in Art. 29 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23.5.1969 (BGBl. 1985 II 927) - der sog. Vertragsrechtskonvention (WVK) - kodifiziert worden. Er hat auch in Art. 15 Buchst. (b) des Wiener Übereinkommens über die Staatennachfolge in Verträge von 1978 Eingang gefunden; zur Wiener Staatennachfolgekonvention (WSK) vgl. unten Anm. 51.
- 27) S.o. Anm. 7.
- 28) Überleitung des Rechts der Europäischen Gemeinschaften auf das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet (EG-Recht - Überleitungsverordnung) vom 28. September 1990, BGBl. 1990 I 2117. Der Begriff "Überleitung" ist nur hinsichtlich des aufgrund von EWG-Richtlinien erlassenen Bundesrechts (Anlage 2 der VO) zutreffend, nicht aber hinsichtlich der zeitweiligen Aufschiebung, Erleichterung und Anpassung von unmittelbar anwendbarem Gemeinschaftsrecht (Anlage 1 der VO).

- 29) Übereinkommen vom 6.4.1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen, BGBl. 1983 II 62.
- 30) ABl. der EG Nr. L 121/1 v. 17.5.1979; Anhang I zur Verordnung.
- 31) ABl. der EG Nr. L 378/1, 4, 14 vom 31.12.1986.
- 32) Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschifffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern aufgrund der deutschen Einigung, Drucksache des Bundesrates 580/90, S. 133.
- 33) Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1978 über Mindestanforderungen an das Einlaufen von bestimmten Tankschiffen in Seehäfen der Gemeinschaft und das Auslaufen, ABl. der EG Nr. L 33/33 vom 8.2.1979.
- 34) Verordnung über die Seelotsreviere und ihre Grenzen (Allgemeine Lotsverordnung - ALV) vom 21.4.1987 (BGBl. 1987 I 1290); § 12 Abs. 2.
- 35) Vgl. Drucksache des Bundesrates 580/90, S. 70,78.
- 36) Vertrag vom 26.5.1972 über Fragen des Verkehrs (BGBl. 1972 II 1449), Art. 29 - 31.
- 37) Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Fischfang in einem Teil der Territorialgewässer der Deutschen Demokratischen Republik in der Lübecker Bucht vom 20. Juni 1974, BGBl. 1974 II 1242.

VI

- 38) S.o. Anm. 26.
- 39) BGBl. 1972 II 1089.
- 40) Die Vorbehalte und Erklärungen finden sich in: UN Doc. ST/LEG/SER.E/7, Multilateral Treaties Deposited with the Secretary-General. Status as at 31 December 1988, p. 737.
- 41) A.a.O., S. 740.
- 42) Vgl. Art. 22 WVK.
- 43) Vorbehalte können bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung eines Vertrages oder beim Beitritt angebracht werden, vgl. Art. 19 WVK.
- 44) Vgl. Anm. 40.
- 45) Nicht in den Anwendungsbereich des Einigungsvertrages fallen nichtstaatliche internationale Organisationen (sog. NGOs), auch nicht wenn sie Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen (Art. 71 Charta der VN) oder bei Sonderorganisationen haben, wie z.B. das Comité Maritime International (CMI) oder die International Law Association (ILA).
- 46) Übereinkommen vom 6.3.1948 über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (BGBl. 1986 II 423), Art. 4.
- 47) Übereinkommen vom 22.3.1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (BGBl. 1979 II 1229), Art. 12.
- 48) Am 1. Juli 1989 fuhren unter der Flagge der Bundesrepublik 4 Mio BRT/BRZ (5 Mio TDW), unter der Flagge der DDR 1,5 Mio BRT/BRZ (1,8 Mio TDW). Zum 3. Oktober 1990 rückte die deutsche Flotte von der 24. auf die 19. Stelle in der Welt, sie liegt in Europa an 4. Stelle.

VII

- 49) Internationales Übereinkommen vom 18.12.1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II 320), Art. 10. Vgl. dazu R. Ganten, Die Protokolle von 1984 zum Ölhaftungsübereinkommen von 1969 und zum Fondsübereinkommen von 1971, Schriften des DVIS. Reihe B: Dokumente und Materialien, Heft 17, Hamburg 1986; M. Jacobsson, Entwicklung des Schadensbegriffs im Recht der Haftung für Ölverschmutzungsschäden, Schriften des DVIS, Reihe A, Heft 70 (1990).
- 50) Art. 73 WVK.
- 51) Vienna Convention on Succession of States in Respect of Treaties, 23 August 1978 (WSK), Text in: UN Doc. A/CONF. 80/31; ZoöRV 1979, S. 279; International Legal Materials 1978, p. 1488.
- 52) Ebenso Heintschel - v. Heinegg (Anm. 2), S. 13; a.A. wohl Horn (Anm. 2), S. 2137; Schwenk (Anm. 2), S. 158.
- 53) Art. 7 Abs. 1 WSK. Die DDR hat das Übereinkommen 1979 unterzeichnet.
- 54) Art. 2 Abs. 1 Buchst. (b) WSK.
- 55) Art. 15 WSK.
- 56) Art. 31 - 33 WSK; vgl. dazu insbesondere Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 2), S. 164 ff.; Verdross/Simma (Anm. 2), §§ 982 ff.
- 57) Vgl. H.D. Treviranus, Die Konvention der Vereinten Nationen über die Staatensukzession bei Verträgen, ZoöRV 1979, S. 259 ff., 278; Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 2), S. 161; Verdross/Simma (Anm. 2), § 974, S. 609. Heintschel - v. Heinegg (Anm. 2), S. 14.
- 58) Vgl. insbesondere Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 2), S. 163, 165.

VIII

- 59) Ein Beispiel bietet die Eingliederung von Texas in die USA 1844/45, vgl. Rauschnig (Anm. 2), S. 119 f.
- 60) Denkschrift zum Einigungsvertrag, Zu Artikel 12, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7760 vom 31.08.90, S. 355, 362.
- 61) Vgl. Art. 11 WSK; Art. 62 Abs. 2 Buchst. a) WVK; dazu auch Verdross/Simma (Anm. 2), § 988, S. 616; Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 2), S. 167; Frowein (Anm. 2), S. 608, These 27.
- 62) Der Grundsatz: nemo plus juris ad alium transferre potest quam ipse habet.
- 63) Vgl. Art. 39 Satz 1 und Art. 40 Abs. 2 WVK.
- 64) Für die Annahme von Vorbehalten hat der Gedanke des Interessenschutzes Eingang in Art. 20 Abs. 2 WVK gefunden.
- 65) Das Vertrauen wird im Vertragsrecht auf der Grundlage von Treu und Glauben (Art. 26, 31 Abs. 1 WVK) und der Billigkeit (Art. 44 Abs. 3 WVK) sowie durch die Verwirkung und Verschweigung (Art. 45 WVK) und den Rechtsverlust des Vertragsbrüchigen (Art. 60 Abs. 2 c); Art. 62 Abs. 2 b) WVK) geschützt. Allgemein dazu J.P. Müller, Vertrauensschutz im Völkerrecht, 1971, S. 104 ff.; 134 ff.
- 66) Grundsatz der Spezialität; vgl. Verdross/Simma (Anm. 2), S. 994, S. 619.
- 67) Vgl. statt vieler R. Steiling, Das Seefischereirecht der Europäischen Gemeinschaften, Köln, Berlin, Bonn, München 1989, S. 189 m.w.N.
- 68) Konvention über die Territorialgewässer und die Anschließzone vom 29.4.1958, GBl. DDR 1973 II 442.

IX

- 69) Konvention über den Festlandsockel vom 29.4.1958, GBl. DDR 1973 II 421.
- 70) Protokoll vom 23.3.1968 zum Brüsseler Übereinkommen vom 25.8.1924 zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente, GBl. DDR 1979 II 73.
- 71) S.o. Anm. 20.
- 72) Internationales Abkommen vom 25.8.1924 zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente, RGBL. 1939 II 1049.
- 73) Dazu insbesondere Herber (Anm. 2), Transportrecht 1990, S. 260.
- 74) Vgl. dazu Herber (Anm. 2), Transportrecht 1990, S. 260 f.
- 75) Fakultatives Unterzeichnungsprotokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten vom 29.4.1958, BGBL. 1972 II 1089.
- 76) Herber (Anm. 2) weist darauf hin, daß die Ratifikation unterblieben sei, um sie nicht als Absage an die Hamburg-Regeln erscheinen zu lassen, vgl. Transportrecht 1990, S. 260.
- 77) Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982, dt. Text jetzt hrsg. von R. Platzöder/H. Grunenberg, Internationales Seerecht, Textausgabe 1990, S. 1.
- 78) Die Unterzeichnungsfrist endete am 9. Dezember 1984, vgl. Art. 305 Abs. 2 SRÜ. Das Übereinkommen wurde von 156 Staaten gezeichnet. Nicht gezeichnet haben es die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik. Zu deren Haltung vgl. insbesondere T. Eitel, Probleme des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zum VN-Seerechtsübereinkommen, Europa Institut, Universität des Saarlandes 1990, passim.

- 79) Es tritt 12 Monate nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, Art. 308 Abs. 1 SRÜ. Bis zum 3.5.1990 lagen 43 Ratifikationen überwiegend von Entwicklungsländern vor. Von den europäischen Staaten haben Island und Jugoslawien ratifiziert.
- 80) Vgl. Art. 18 WVK. Allgemein zur rechtlichen Bedeutung der Zeichnung R. Lagoni, Die Zeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, in: Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die deutschen Wirtschaftsinteressen, 1984, S. 9, 12 ff. (Schriften des DVIS, Heft 50).
- 81) Die DDR hat Erklärungen betreffend die Streitbeilegung zu Art. 287 Abs. 1 Buchst. (c) und (d) i.V.m. Anlage VIII sowie zu Art. 292 und Art. 298 SRÜ abgegeben, vgl. UN-Doc. ST/LEG/SER. E/7 (Anm. 40), S. 761. Als erhaltenswert erscheint insbesondere die Erklärung über die Anerkennung des Internationalen Seegerichtshofs in Angelegenheiten der sofortigen Freigabe von Schiffen und Besatzungen (Art. 292 SRÜ).
- 82) Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung des Festlandsockels in der Ostsee vom 29.10.1968, GBl. DDR 1970 I 106. Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht vom 22.5.1989, GBl. DDR 1989 II 150.
- 83) Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Königreich Schweden über die Abgrenzung des Festlandsockels vom 22.6.1978, GBl. DDR 1979 II 38.
- 84) Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Königreich Dänemark über die Abgrenzung des Festlandsockels und der Fischereizone vom 14.9.1988, GBl. DDR 1989 II 147.
- 85) S.o. Anm. 61.

- 86) S.o. Anm. 84, Art. 2.
- 87) Art. 5 Abs. 2 sieht vor, daß ein bestimmtes küstennahes Seegebiet in der Oderbucht außerhalb des Küstenmeeres der DDR "kein Festlandsockel, keine Fischereizone und keine eventuelle ausschließliche Wirtschaftszone" der DDR bilden soll, also eine Hohe See-Exklave oder eine Zone eigener Art.
- 88) Nur die DDR hat mit 29 Staaten zweiseitige Schifffahrtsverträge abgeschlossen bzw. Protokolle oder Briefwechsel zur Schifffahrt ausgetauscht: Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Bangladesh, Bulgarien, CSFR, Indonesien, Irak, Jemen, Jugoslawien, Kambodscha, Kap Verde, V.R. Korea, Kuba, Kuwait, Libyen, Luxemburg, Malaysia, Mexiko, Mozambique, Polen, Rumänien, Sri Lanka, Syrien, Türkei, Ungarn, Vietnam, Zypern. Außerdem hat sie mit folgenden 11 Staaten Schifffahrtsvereinbarungen geschlossen, mit denen auch die Bundesrepublik Schifffahrtsverträge hat: Äthiopien, Brasilien, China, Griechenland, Guinea, Indien, Japan, Kamerun, Madagaskar, Tunesien, UdSSR.
- 89) Die Erwägungsgründe des Entwurfs der Änderungsverordnung sprechen von der "Anpassung der Abkommen zum Verkehr", s.o. Anm. 32, S. 134.
- 90) Solche, teilweise in unveröffentlichten Briefwechseln enthaltenen Vereinbarungen sollen bestehen mit: Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Bangladesh, Bulgarien, China, CSFR, Indien, Madagaskar, Malaysia, Mexiko, Mozambique, Rumänien, Sri Lanka, Türkei, Tunesien, Ungarn, UdSSR, Vietnam, Zypern.
- 91) Diesen Gedanken spricht auch Delbrück aus, wenn er darauf hinweist, daß bei Verträgen "auf den Gebieten des Sozial- und Wirtschaftslebens ... man bisher im Zweifel eine Fortgeltung annehmen" konnte, vgl. Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 2), S. 165/6.

92) S.o. Anm. 65.

93) Die Denkschrift zum Einigungsvertrag (s.o. Anm. 60, S. 356) stellt dazu fest: "Hinsichtlich der Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere den Verpflichtungen gegenüber den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, gilt der Vertrauensschutz entsprechend der bereits im Vertrag vom 18. Mai 1990 getroffenen Regelung". Der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion stellt den Vertrauensschutz insbesondere für vertragliche Verpflichtungen gegenüber RGW-Ländern fest und stellt dann fest: "Sie werden unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der Währungs- und Wirtschaftsunion fortentwickelt sowie unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze ausgebaut" (Art. 13 Abs. 2 Satz 2).

94) S.o. Anm. 32, S. 134.

Vertrag

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands

– Einigungsvertrag –

Kapitel I

Wirkung des Beitritts

Artikel 1

Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 – Länder Einführungsgesetz – (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.

(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.

Kapitel III

Rechtsangleichung

Artikel 8

Überleitung von Bundesrecht

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt in dem in Artikel 3 genannten Gebiet Bundesrecht in Kraft, soweit es nicht in seinem Geltungsbereich auf bestimmte Länder oder Landesteile der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist und soweit durch diesen Vertrag, insbesondere dessen Anlage I, nichts anderes bestimmt wird.

Artikel 9

Fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik

(1) Das im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags geltende Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Landesrecht ist, bleibt in Kraft, soweit es mit dem Grundgesetz ohne Berücksichtigung des Artikels 143, mit in dem in Artikel 3 genannten Gebiet in Kraft gesetztem Bundesrecht sowie mit dem unmittelbar geltenden Recht der Europäischen Gemeinschaften vereinbar ist und soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt wird. Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Bundesrecht ist und das nicht bundeseinheitlich geregelte Gegenstände betrifft, gilt unter den Voraussetzungen des Satzes 1 bis zu einer Regelung durch den Bundesgesetzgeber als Landesrecht fort.

(2) Das in Anlage II aufgeführte Recht der Deutschen Demokratischen Republik bleibt mit den dort genannten Maßgaben in Kraft, soweit es mit dem Grundgesetz unter Berücksichtigung dieses Vertrags sowie mit dem unmittelbar geltenden Recht der Europäischen Gemeinschaften vereinbar ist.

(3) Nach Unterzeichnung dieses Vertrags erlassenes Recht der Deutschen Demokratischen Republik bleibt in Kraft, sofern es zwischen den Vertragspartnern vereinbart wird. Absatz 2 bleibt unberührt.

(4) Soweit nach den Absätzen 2 und 3 fortgeltendes Recht Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes betrifft, gilt es als Bundesrecht fort. Soweit es Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung oder der Rahmengesetzgebung betrifft, gilt es als Bundesrecht fort, wenn und soweit es sich auf Sachgebiete bezieht, die im übrigen Geltungsbereich des Grundgesetzes bundesrechtlich geregelt sind.

(5) Das gemäß Anlage II von der Deutschen Demokratischen Republik erlassene Kirchensteuerrecht gilt in den in Artikel 1 Abs. 1 genannten Ländern als Landesrecht fort.

Artikel 10**Recht der Europäischen Gemeinschaften**

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts gelten in dem in Artikel 3 genannten Gebiet die Verträge über die Europäischen Gemeinschaften nebst Änderungen und Ergänzungen sowie die internationalen Vereinbarungen, Verträge und Beschlüsse, die in Verbindung mit diesen Verträgen in Kraft getreten sind.

(2) Die auf der Grundlage der Verträge über die Europäischen Gemeinschaften ergangenen Rechtsakte gelten mit dem Wirksamwerden des Beitritts in dem in Artikel 3 genannten Gebiet, soweit nicht die zuständigen Organe der Europäischen Gemeinschaften Ausnahmeregelungen erlassen. Diese Ausnahmeregelungen sollen den verwaltungsmäßigen Bedürfnissen Rechnung tragen und der Vermeidung wirtschaftlicher Schwierigkeiten dienen.

(3) Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften, deren Umsetzung oder Ausführung in die Zuständigkeit der Länder fällt, sind von diesen durch landesrechtliche Vorschriften umzusetzen oder auszuführen.

Kapitel IV**Völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen****Artikel 11****Verträge der Bundesrepublik Deutschland**

Die Vertragspartei gehen davon aus, daß völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei angehört, einschließlich solcher Verträge, die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen oder Institutionen begründen, ihre Gültigkeit behalten und die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen sich mit Ausnahme der in Anlage I genannten Verträge auch auf das in Artikel 3 genannte Gebiet beziehen. Soweit im Einzelfall Anpassungen erforderlich werden, wird sich die gesamtdeutsche Regierung mit den jeweiligen Vertragspartnern ins Benehmen setzen.

Artikel 12**Verträge der Deutschen Demokratischen Republik**

(1) Die Vertragspartei sind sich einig, daß die völkerrechtlichen Verträge der Deutschen Demokratischen Republik im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland sowie nach den Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung und unter Beachtung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften mit den Vertragspartnern der Deutschen Demokratischen Republik zu erörtern sind, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln beziehungsweise festzustellen.

(2) Das vereinte Deutschland legt seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der Deutschen Demokratischen Republik nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, fest.

(3) Beabsichtigt das vereinte Deutschland, in internationale Organisationen oder in sonstige mehrseitige Verträge einzutreten, denen die Deutsche Demokratische Republik, nicht aber die Bundesrepublik Deutschland angehört, so wird Einvernehmen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, hergestellt.

Kapitel IX**Übergangs- und Schlußbestimmungen****Artikel 40****Verträge und Vereinbarungen**

(1) Die Verpflichtungen aus dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gelten fort, soweit nicht in diesem Vertrag Abweichendes bestimmt wird oder die Vereinbarungen im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschland gegenstandslos werden.

(2) Soweit Rechte und Pflichten aus sonstigen Verträgen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland oder den Bundesländern und der Deutschen Demokratischen Republik nicht im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands gegenstandslos geworden sind, werden sie von den innerstaatlichen zuständigen Rechtsträgern übernommen, angepaßt oder abgewickelt.